



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Departement für Umwelt,  
Verkehr, Energie und Kommunikation  
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen  
Regierungsgebäude  
9001 St.Gallen  
T +41 58 229 32 60  
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 23. Januar 2013

## **Energiestrategie 2050: Stellungnahme des Kantons St.Gallen**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 28. September 2012 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zur Energiestrategie 2050 Stellung zu nehmen. Wir nehmen die Möglichkeit gern wahr und äussern uns zur Vernehmlassungsvorlage wie folgt:

Der Kanton St.Gallen unterstützt die politische Stossrichtung der Energiestrategie 2050 und schliesst sich im Grundsatz der konsolidierten Stellungnahme der Konferenz der Kantonalen Energiedirektoren vom 9. Januar 2013 an. Der Entwurf zum Energiegesetz bedarf u.E. allerdings noch einer sorgfältigen Überarbeitung. Wir erwarten insbesondere, dass das Gesetz dahingehend optimiert wird, dass:

- keine Doppelspurigkeiten zur bestehenden Gesetzgebung geschaffen werden (betrifft den Abschnitt über die Raumplanung);
- Massnahmen im Einklang mit anderen Entwicklungen sind (Effizienzziele für Elektrizitätsversorger sind schlecht vereinbar mit der Strommarkliberalisierung);
- der Vollzugsaufwand vermindert wird (Einführung marktwirtschaftlich orientierter Instrumente).

Bezüglich der Finanzierung der Energieförderung sprechen wir uns ausdrücklich gegen Variante 1 der Vernehmlassungsvorlage aus. – Es ist davon auszugehen, dass die meisten Kantone nur über ein beschränktes Potenzial verfügen, die Förderprogramme im erwarteten Rahmen zu erhöhen. Selbst mit Variante 2 ist unser Kanton gefordert, sein finanzielles Engagement auszubauen. Weiter setzt nur Variante 2 mit der damit verbundenen Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Lenkungsabgabe einen effizienten und ökonomisch richtigen Anreiz, den Verbrauch fossiler Energien zu senken. Schliesslich ist Variante 1 auch aus verfassungsrechtlichen Überlegungen abzulehnen.

Die Einführung eines Ausbaupotenzialplans lehnen wir ausdrücklich ab, weil er zu einer Überregulierung führen würde. Dass auch die Raumplanung ihren Beitrag zur Erreichung der Ziele der Energiestrategie 2050 leisten muss, ist unbestritten. Wir anerkennen die Bedeutung behördenverbindlicher und ausreichender Planungsgrundlagen und sind auch bereit, diese zeitnah und zügig zu erarbeiten und in die kantonalen Richtplanungen zu



überführen. Wir sind jedoch der Meinung, dass es dazu keiner neuen Instrumente in der Energiegesetzgebung bedarf. Die Anwendung der bestehenden Instrumente in der Raumplanungsgesetzgebung in Verbindung mit präzisiertem materiellem Recht schafft die erforderliche Rechtssicherheit. Weiter muss es auch in Zukunft möglich sein, die konkreten Projekte im Einzelfall zu beurteilen.

Eine Befreiung vom Netzzuschlag oder dessen Rückerstattung (Art. 38 des Entwurfs) ist für uns nur zulässig, wenn die Unternehmen Leistungen erbringen, die über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen, wie sie sich z.B. aus der Umsetzung des Grossverbrauchermodells ergeben. Andernfalls schwächt der Gesetzgeber die Solidarität bei der Finanzierung der KEV, verzichtet auf eine energetische Wirkung der Befreiung bzw. schafft lediglich Mitnahmeeffekte.

Die Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) bedarf einer Überarbeitung. Wir schlagen vor, dass dabei auch die Wirksamkeit der Förderung der Wasserkraft erhöht wird. Insbesondere erachten wir es als problematisch, wenn sehr kleine Anlagen an Fließgewässern gefördert werden. Wir beantragen daher, für neue Anlagen an natürlichen Gewässern eine Mindestgrösse für die Förderung vorzusehen.

Die Vorlage sieht eine Anpassung des Steuerrechts vor. Vorgeschlagen wird, dass Gebäudeinvestitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, über drei Jahre steuerlich abgezogen werden können und dass solche Investitionen ab 2025 nur dann steuerlich abzugsberechtigt sind, wenn das Gebäude einen energetischen Mindeststandard aufweist. Wir lehnen die vorgeschlagenen Massnahmen aus grundsätzlichen steuerpolitischen, aber auch aus vollzugstechnischen Gründen ab.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung



Martin Gehrer  
Präsident



Canisius Braun  
Staatssekretär



### Beilage

Ausgefüllter Fragebogen zur Vernehmlassung

### Kopie an

- Konferenz der Kantonsregierungen, Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach 444, 3000 Bern 7
- Bundesamt für Energie, Sektion BP, 3003 Bern  
(als E-Mail an [energiestrategie@bfe.admin.ch](mailto:energiestrategie@bfe.admin.ch))

# Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050

Antwortende Organisation: Kanton St.Gallen

## Inhalt

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050.....	1
Allgemeine Fragen.....	2
Kernenergiegesetz.....	2
Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz .....	3
Energieeffizienz .....	3
Gebäude .....	3
Mobilität .....	4
Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft .....	5
Industrie und Dienstleistungen .....	6
Erneuerbare Energien .....	6
Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht .....	7
Einspeisevergütungssystem .....	8
Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen .....	9
Netzzuschlag.....	10
Fossile Kraftwerke .....	10
Netze .....	11

*Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen: Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.*

## Allgemeine Fragen

1. Sind Sie insgesamt mit der Vernehmlassungsvorlage zur Energiestrategie 2050 einverstanden?

X Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:  
Stossrichtung stimmt

2. Sind Sie mit dem etappierten Vorgehen der Energiestrategie 2050 einverstanden (zweite Etappe gemäss Ziffer 1.4 im erläuternden Bericht)?

*Erläuternder Bericht: 1.3 (erstes Massnahmenpaket), 1.4 (zweite Etappe)*

X Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:  
Plausibles Vorgehen unter der Prämisse, dass eine Lenkungsabgabe nicht mehrheitsfähig ist

3. Sind Sie damit einverstanden, den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie mit dem vorliegenden Massnahmenpaket zu verknüpfen?

X Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:  
entspricht politischem Auftrag

## Kernenergiegesetz

4. Sind Sie damit einverstanden, dass Rahmenbewilligungen für die Erstellung neuer Kernkraftwerke nicht mehr erteilt werden dürfen?

*Kernenergiegesetz, Art. 12 Abs. 4 (neu)*

*Erläuternder Bericht: 1.2 sowie 2.2.6*

X Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:  
Ersatz-KKW sind derzeit kaum mehrheitsfähig

## Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz

5. Sind Sie damit einverstanden, dass Ausbauziele für die Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien sowie Verbrauchsziele gesetzlich festgelegt werden?

*EnG Art. 2 und 4, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: Gesamt sowie insbesondere 1.2, 1.3, 1.6, 2.1 (1. Kapitel)*

X Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Nachvollziehbar, ob Bundesrat und eidgenössischen Räte bei Abweichungen vom Zielpfad deshalb handeln werden, wird sich weisen

## Energieeffizienz

### Gebäude

6. Sind Sie mit der vorgesehenen Erhöhung der Gesamtmittel von Bund und Kantonen zur Verstärkung des Gebäudeprogramms ab 2015 auf maximal 600 Millionen Franken pro Jahr einverstanden?

*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2*

X Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

7. Welche Variante bevorzugen Sie bei der Änderung der gesetzlichen Grundlage für die Verwendung des Ertrags aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe für den Gebäudebereich?

*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2*

☐ Variante 1 (*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 1*)

X Variante 2 (*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 2*)

☐ Keine der beiden Varianten

☐ Keine Stellungnahme

Bemerkungen:

8. Sind Sie damit einverstanden, dass Kosten für Gebäudeinvestitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, über drei Jahre verteilt steuerlich abgezogen werden können, und dass ab 2025 Investitionen (vgl. erläuternder Bericht: 2.2.3), die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen nur dann steuerlich abzugsberechtigt sind, wenn das betroffene Gebäude einen bestimmten energetischen Mindeststandard aufweist?  
*Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer, Art. 31a (neu), Art. 32 Abs. 2<sup>bis</sup> (neu), Art. 32 Abs. 2<sup>ter</sup> (neu), Art. 67a (neu) und Art. 205e (neu); Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden, Art. 9 Abs. 3<sup>bis</sup> bis Abs. 3<sup>quinquies</sup> (neu), Art. 10 Abs. 1<sup>ter</sup> (neu), Art. 25 Abs. 1<sup>ter</sup> und Art. 72q (neu) und 78f (neu)*  
*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude), 2.2.3 und 2.2.4*

☐ Ja    ☒ Nein    ☐ keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

Genauigkeit des GEAK ist ungenügend, um Information zu liefern, ob minimaler Standard erreicht wurde; auf private Label abzustützen ist fragwürdig, Beurteilung der energetischen Wirkung einzelner Massnahmen zu aufwändig;  
Möglichkeit, Abzüge auf drei Jahre zu verteilen widerspricht dem Periodizitätsprinzip und ist im Vollzug zu aufwändig

**Mobilität**

9. Sind Sie mit der Verschärfung des CO<sub>2</sub>-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Personenwagen auf durchschnittlich 95 g CO<sub>2</sub>/km bis Ende 2020 einverstanden?  
*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderung Art. 10*  
*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

Verbindliche Ziele für die Mobilität sind zwingend, Gebäudebereich und Wirtschaft können fehlende Beiträge des Verkehrs nicht kompensieren

10. Sind Sie mit der Einführung eines CO<sub>2</sub>-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Lieferwagen und leichten Sattelschleppern und dessen Festlegung auf durchschnittlich 175 g CO<sub>2</sub>/km bis Ende 2017 und auf durchschnittlich 147 g CO<sub>2</sub>/km bis Ende 2020 einverstanden?

*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderung Art. 10*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2*

X Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

### **Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft**

11. Sind Sie damit einverstanden, dass Elektrizitätslieferanten Zielvorgaben zur stetigen Steigerung der Effizienz beim Elektrizitätsverbrauch erfüllen müssen (mittels Einführung von sogenannten weissen Zertifikaten)?

*EnG, Art. 43 bis 46, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Energieversorgungsunternehmen) sowie 2.1 (6. Kapitel 3. Abschnitt)*

☐ Ja    X Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Massnahme enthält interessante Elemente, vorgeschlagener Vollzug viel zu aufwändig;  
Ansatz, Akteure des freien Markts einzubinden erscheint unlogisch;  
Grundlagen im StromVG überprüfen, damit Verteilnetzbetreiber auf sicherer gesetzlicher Grundlage mittels Leistungsaufträgen in die Pflicht genommen werden können!

12. Sind Sie damit einverstanden, dass der Bund Unternehmen der Energiewirtschaft aus Gründen der Transparenz und Information verpflichten kann, Daten zu veröffentlichen (insbesondere bezüglich Strom- und Wärmeverbrauch von Kundengruppen sowie bezüglich Angeboten und Massnahmen zur Förderung einheimischer und erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz)?

*EnG, Art. 62, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 2.1 (9. Kapitel)*

X Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

### Industrie und Dienstleistungen

13. Sind Sie mit der Ausweitung der wettbewerblichen Ausschreibungen auf Elektrizitätsproduktion und -verteilung einverstanden?

*EnG, Art. 33, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (4. Kapitel)*

X Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Koordination mit anderen Förderungssystemen sicherstellen

14. Sind Sie damit einverstanden, dass sich Endverbraucherinnen und Endverbraucher mit einem Elektrizitätsverbrauch von mehr als 0,5 GWh pro Jahr gegenüber dem Bund zur Steigerung der Stromeffizienz sowie zur Verminderung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses verpflichten können und damit den Netzzuschlag rückerstattet erhalten?

*EnG, Art. 38, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (5. Kapitel 1. Abschnitt)*

☐ Ja    X Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Einspeisevergütung, d.h. Umbau der Stromversorgung, soll durch alle Konsumenten finanziert werden, Akzeptanz der KEV wird andernfalls leiden; wenn Entlastung nötig ist, nur bei Leistungen, die über das gesetzlich Erforderliche (Grossverbrauchermodell) hinausgehen

### Erneuerbare Energien

15. Sind Sie mit der Einführung einer gemeinsamen Planung von Bund und Kantonen sowie eines gesamtschweizerischen Ausbaupotenzialplans für den Ausbau der erneuerbaren Energien einverstanden?

*EnG, Art. 11 und 12, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)*

☐ Ja    X Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Bestehende Instrumente nutzen !



16. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kantone verpflichtet werden, insbesondere für Wasser- und Windkraft geeignete Gebiete und Gewässerstrecken im Richtplan festzulegen und dazu einen Nutzungsplan vorzulegen?

*EnG, Art. 13, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)*

☐ Ja   ☒ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Allgemeiner formulieren! Z.B.: Kantone schaffen behördenverbindliche Planungsgrundlagen, z.B. Kriterienkataloge

Weiter: Bei Wasserkraft nicht nur Gewässerqualität beachten sondern umfassende Beurteilung vornehmen, z.B. einschliesslich Anlagegestaltung; an Einzelfallbeurteilung festhalten

17. Sind Sie damit einverstanden, dass für neue Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ab einer gewissen Grösse und Bedeutung ein nationales Interesse statuiert wird?

*EnG, Art. 14, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Demokratische Legitimation und Rechtssicherheit schaffen sind wichtig

### **Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht**

18. Sind Sie mit der Einführung einer Eigenverbrauchs-Regelung, d.h. der Schaffung der gesetzlichen Möglichkeit für Anlagebetreiber selbst produzierte Energie selber zu verbrauchen, einverstanden?

*EnG, Art. 17 Absatz 2, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 1. Abschnitt)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

### Einspeisevergütungssystem

19. Sind Sie mit dem Ausschluss von Kehrlichtverbrennungs- und Klärgasanlagen sowie Anlagen, die teilweise fossile Brenn- oder Treibstoffen nutzen, aus dem Kreis der teilnahmeberechtigten Anlagen einverstanden?

*EnG, Art. 18 Absatz 4, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)*

X Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

20. Sind Sie mit der Begrenzung der jährlich zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen einverstanden? Diese Kontingentierung soll als Ersatz für die heutige mehrstufige Regelung mit Gesamtdeckel und Teildeckel dienen.

*EnG, Art. 20, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)*

X Ja    ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

21. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Vollzug des Einspeisevergütungssystems und der neuen Aufgaben (Einmalvergütung für kleine Photovoltaik-Anlagen, WKK-Vergütungssystem) eine separate Stelle in der Form einer Tochtergesellschaft bei der nationalen Netzgesellschaft geschaffen wird?

*EnG, Art. 65 und 66, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 2.1 (10. Kapitel)*

☐ Ja    ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Nur wenn damit ein Nutzen / Mehrwert geschaffen wird

### Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen

22. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW ausserhalb des Modells der Einspeisevergütung gefördert werden?

*EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)*

☐ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Im Grundsatz: Keine neuen, zusätzlichen Förderinstrumente schaffen, prüfen ob Abwicklung nicht z.B. durch Zählerfernauslese oder Smart Metering vereinfacht werden kann

23. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW mit einem einmaligen Beitrag (Einmalvergütung) anstelle der Einspeisevergütung gefördert werden? Oder bevorzugen Sie – als Alternative zur Einmalvergütung – das Net Metering für die künftige Förderung der kleinen Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW?

*EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)*

☐ Einmalvergütung  
X    Net Metering  
☐ Keine der erwähnten Optionen

Bemerkungen:

Wenn KEV für die Anlagen vom Parlament abgelehnt wird

24. Sind Sie mit damit einverstanden, dass die kleinen Photovoltaik-Anlagen unter 10 kW auf der Warteliste (ohne positiven Bescheid) vom Einspeisevergütungssystem ausgenommen und mittels Einmalvergütung gefördert werden?

*EnG, Art 71, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt sowie 12. Kapitel)*

X Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Nur wenn diese Anlagen von der KEV ausgenommen werden

### Netzzuschlag

25. Sind Sie mit der Entfernung des Gesamtdeckels sowie der Teildeckel für die Finanzierung der Vergütungen einverstanden?

*EnG, Art 36, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (5. Kapitel)*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

### Fossile Kraftwerke

26. Sind Sie mit der Einführung eines WKK-Vergütungssystems einverstanden?

*EnG, Art 31 ff., Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)*

☐ Ja    ☒ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Keine Fördergelder für Strom aus fossilen Quellen. Wenn WKK-Anlagen systemrelevante Aufgaben übernehmen, sollen sie dafür über einen Netzzuschlag auf dem Höchstspannungsnetz entschädigt werden

27. Sind Sie mit dem Förderbereich des Vergütungssystems für WKK einverstanden (Anlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von 0,35 MW bis und mit 20 MW)?

*EnG, Art.31 Abs. 1, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)*

☐ Ja    ☒ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Keine Fördergelder für Strom aus fossilen Quellen. Wenn WKK-Anlagen oder Pumpspeicherwerke systemrelevante Aufgaben übernehmen, sollen sie dafür über einen Netzzuschlag auf dem Höchstspannungsnetz entschädigt werden

28. Sind Sie mit der Einführung einer Verpflichtung zur Kompensation sämtlicher verursachter Emissionen, unter gleichzeitiger Befreiung von der CO<sub>2</sub>-Abgabe, für Anlagen, die am WKK-Vergütungssystem teilnehmen, einverstanden?

*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Art. 22 Abs. 4bis (neu)*

*Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.2.2*

X Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

29. Welche alternative Fördermöglichkeiten für die Wärme-Kraft-Kopplung schlagen Sie vor?  
*siehe unter 27*

## Netze

30. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung auf dem Gebiet des Elektrizitätsrechts einverstanden? Dazu gehört insbesondere, dass der Zugang ans Bundesgericht auf Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung eingeschränkt wird.

*Bundesgerichtsgesetz, Art. 83 Bst. w (neu)*

*Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.1*

☐ Ja    X Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Bundesgericht soll in der Tat Grundsatzfragen klären, das bedeutet aber nicht den Zugang zu beschränken, sondern im materiellen Recht Rechtssicherheit schaffen, dies kürzt auch die Dauer der Verfahren

31. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Einführung und Kostentragung von intelligenten Messsystemen einverstanden?

Dies betrifft insbesondere die Delegationsnormen zur Einführung und zur Festlegung von Mindestanforderungen sowie die Möglichkeit für die Netzbetreiber, die Kosten der Einführung gesetzlich vorgeschriebener intelligenter Messsysteme als anrechenbare Netzkosten auf die Endkundinnen und -kunden zu überwälzen

*Stromversorgungsgesetz, Art. 15 Abs.1 und 1bis (neu) sowie Art. 17a (neu)*

*Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.8*

X Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: